Protokoll des Gemeinderates Dübendorf

vom 6. März 2006 Blatt 559

---

31. Sitzung

Ort:	Katholisches Pfarreizentrum "Leepünt"	
Beginn:	19.00 Uhr	
Vorsitz:	Hans-Felix Trachsler	Ratspräsident
Protokoll:	Gottfried Ruckstuhl	Ratssekretär
Anwesend:	38 Ratsmitglieder	
Entschuldigt abwesend:	Andrea Kuhn (CVP) Orlando Wyss (SVP)	
Stimmenzähler:	i. V. O. Eugster (CVP)	Bereich Links (SP, GEU, CVP)
	Matthias Maag (E/D)	Bereich Rechts (FDP, E/D, SD, Bürotisch)
	Theo Zobrist (SP)	Bereich Mitte (SVP)
Weibeldienst:	Leopoldo Putorti	Stadtweibel

Geschäfte:

1. Mitteilungen

2. Protokoll der 30. Sitzung vom 6. Februar 2006

3. Genehmigung der Bauabrechnung über die Sanierung des Alterswohnheims im Alters- und Spitexzentrum Dübendorf
(Gesch. Nr. 230 / 2005)

4. Revision der Verordnung über das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf (Bürgerrechtsverordnung)
(Gesch. Nr. 232 / 2005)

5. Zweite Fragestunde des Amtsjahres 2005 / 2006

---

1. Mitteilungen

Neueingang Ratsgeschäfte

- 1 Schriftliche Anfrage
- 11 Bürgerrechtsgesuche von ausländischen Staatsangehörigen

Weitere Mitteilungen

- Kompetenzordnung / Internes Kontrollsystem der Stadtverwaltung

Im Anschluss der Besprechung zwischen der Delegation Stadtrat und der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission vom 9. Januar 2006 ersucht die GRPK im Schreiben vom 11. Januar 2006 den Stadtrat:

a) die Erarbeitung der Kompetenz- und Visumsregelung für die gesamte Stadtverwaltung voranzutreiben und diese Instrumente baldmöglichst umzusetzen,

b) das längst überfällige Interne Kontrollsystems (IKS) rasch aufzubauen und ebenfalls in der ganzen Stadtverwaltung anzuwenden.

Im Weiteren bittet sie den Stadtrat, den Gemeinderat an einer der nächsten beiden Parlamentssitzungen über den Stand der Arbeiten der vorstehenden Punkte a) und b) sowie der bereits eingeleiteten Massnahmen zu informieren.

Der Stadtrat hat dazu folgende Beschlüsse gefasst:

1. Mit der Umsetzung des Punktes a) wird der Stadtschreiber a.i., Conrad Gossweiler, beauftragt. Er wird beauftragt, bis am 30. Juni 2006 die Erarbeitung der Kompetenz- und Visumsregelung für die gesamte Stadtverwaltung voranzutreiben und dem Stadtrat zur Genehmigung vorzulegen.

2. Mit der Konzipierung des Internen Kontrollsystems (IKS) wird ein Projektteam beauftragt. Dieses besteht aus dem Stadtschreiber-Stv., Patrick Schärer (Gesamtverantwortung), dem Leiter der Finanzverwaltung, Werner Schai, sowie dem Stadtschreiber a.i., Conrad Gossweiler, bzw. dem Stadtschreiber, Rolf Butz. Die Ausarbeitung soll bis am 30. September 2006 erfolgen.

3. Miteilung an
   - …….
   - Gemeinderat
   - …….

2. Protokoll der 30. Sitzung vom 6. Februar 2006

Gegen das erwähnte Protokoll sind keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit im Sinne von Art. 58 der Geschäftsordnung genehmigt.

3. Genehmigung der Bauabrechnung über die Sanierung des Alterswohnheims im Alters- und Spitexzentrum Dübendorf

Ursula Hunziker (GEU) und André Ingold (SVP), beide Mitglieder der Baukommission AZ, treten in den Ausstand.

Kredit gemäss Urnenabstimmung vom 18. 5. 2003, teuerungsbereinigt	Fr.	11'423'000.00
Ausführungskosten	Fr.	11'280'592.75
Minderkosten	Fr.	142'407.25

GRPK - Referent Theo Zobrist (SP) stellt die Abrechnung vor und beleuchtet insbesondere
- negative Teuerung
- Differenzen Minder- und Mehraufwand
- Staatsbeitrag
- Ergebnis des Projektes (Bauausführung)
- Kostenabweichungen
- Provisorium während der Bauzeit
- Prüfungsarbeiten der GRPK.

Die GRPK beantrag einstimmig, die Bauabrechnung zu genehmigen.

Sozialvorstand Kurt Spillmann lässt das ganze komplexe Bauvorhaben nochmals Revue passieren. Er weisst vor allem auf die effiziente und gewissenhafte Vergabepraxis hin und dankt allen Beteiligten für die Mitarbeit an dem gelungenen Bauwerk.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung: 35 Ja zu 0 Nein.

Beschluss:

1. Die Bauabrechnung über die Sanierung des Alterswohnheims im Alters- und Spitexzentrum Dübendorf mit Gesamtaufwand von Fr. 11'280'592.75 wird genehmigt.

2. Der Stadtrat wird beauftragt für den Eingang des zugesicherten Staatsbeitrages besorgt zu sein.

3. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

4. Revision der Verordnung über das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf (Bürgerrechtsverordnung)

Ratspräsident Hans-Felix Trachsler (SVP) erläutert das Vorgehen für die Behandlung des Geschäftes. Der Rat ist stillschweigend einverstanden.

Die Revisionsvorlage wird durch Valeria Rampone (GEU), Präsidentin der Bürgerrechtskommission (BRK), erläutert. Zwei Zielrichtungen werden mit der Revision verfolgt. Einerseits sind redaktionelle Anpassungen nötig und anderseits ist der Gebührenbereich neu zu regeln. Auslöser dazu sind die geänderten Bundesvorschriften sowie die Inkraftsetzung der neuen Kantonsverfassung auf den 1. Januar 2006. Mit der neuen Kantonsverfassung werden die bürgerlichen Abteilungen der Ge-

meinden aufgehoben, das heisst, die Gesamtheit der Stimmberechtigten ist nun für das Bürgerrechtswesen zuständig. Die entsprechenden Anpassungen sind in der Bürgerrechtsverordnung vorzunehmen. Die neuen Vorschriften über die Gebühren besagen, dass nur noch kostendeckende Gebühren erhoben werden dürfen und nicht wie bis anhin eine Tarifstruktur, die sich auf Einkommen und Vermögen abstützt. Es macht daher Sinn, dass die neuen Ansätze im Gebührenregelement der Stadt verankert werden. Gemäss neuer GO, Art. 36, Abs. 2 ist dafür der Stadtrat zuständig. In seinem Vorschlag hat der Stadtrat eine detaillierte zeitliche Aufwanderhebung vorgenommen. Mit Folien erläutert die Referentin die Berechnungen und Ergebnisse. Im Weiteren sichert der Stadtrat zu, dass die Einbürgerungsgebühren mindesten einmal pro Amtsdauer kritisch überprüft werden. Die BRK ist der Meinung, dass die vorgeschlagene Lösung zweckmässig ist.
Die BRK beantragt einstimmig Zustimmung.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beratung über die Revisionspunkte:

Artikel	Bisherige Fassung	Neue Fassung
1, Ziff. 1	Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 20. Mai 1973 mit seitherigen Änderungen	Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 1. Januar 2006
		Keine Bemerkungen.
		Genehmigt.
2, Randtitel	Zuständigkeit Bürgerliche Abteilung Gemeinderat	Zuständigkeit Gemeinderat
		Keine Bemerkungen.
		Genehmigt.
2,	Der Bürgerlichen Abteilung des Gemeinderates stehen zu:	Dem Gemeinderat steht zu:
		Antrag Anton Keller im Namen der SVP - Fraktion:
		Es ist eine neue Ziffer 4. mit folgendem Wortlaut einzufügen:

die Festsetzung der Einbürgerungsgebühren auf Antrag des Stadtrates.

Begründung:

Diese Änderung gibt dem Gemeinderat zusätzlich notwendige Kompetenz. Die Revision des Bürgerrechtsgesetzes des Bundes regelt die maximale Höhe der Einbürgerungsgebühren. Nach unten sind die Gemeinden in ihrer Gebührenfestsetzung frei. Damit es in Dübendorf nicht zu Dumpingpreisen bei den Einbürgerungsgebühren kommt, muss der Stadtrat dem Gemeinderat Rechenschaft über die Entstehung dieser Gebühren ablegen und diese genehmigen lassen. So herrscht Transparenz bei der Festsetzung dieser Gebühren und sie können zu gegebener Zeit hinterfragt werden. Einbürgerungsgebühren können nicht mit anderen Gebühren verglichen werden, da sie ein politisch heikles Gebiet tangieren. Zudem kann man die Zeiterhebung auf verschiedene Weise machen. Wie Sie der Stadtrat heute vorschlägt, sieht es aus, als ob nur die Netto-Aufwendungen gerechnet wurden. Richtigerweise müssten unserer Ansicht von den Brutto-Zeitaufwendungen ausgegangen werden. Das heisst, es müssten anteilmässig auch die Ferien, Feiertage, etc. mitgerechnet werden.

Stadtpräsident Heinz Jauch widerspricht der Argumentation von Gemeinderat Anton Keller. Die Gebührenansätze sind keine Dumpingpreise, sie entsprechen dem tatsächlichen administrativen Aufwand. Die anderen Gemeinden des Bezirks haben die gleichen Berechnungsmethoden angewendet. Das Parlament kann jederzeit seine Kontrolltätigkeit mit entsprechenden Vorstössen wahrnehmen. Der Stadtpräsident

		bittet den Gemeinderat, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen.
		Peter Anderegg (SP) unterstützt die Haltung des Stadtrates. Der Gemeinderat muss sich von rein operativen Tätigkeiten lösen. Zudem ist dem Stadtrat das nötige Vertrauen zu schenken.
		Abstimmung:
		Für den Antrag Anton Keller (SVP): 10 Stimmen
		Für den Antrag des Stadtrates: 25 Stimmen.
		Der Antrag Anton Keller (SVP) ist somit abgelehnt.
3, Randtitel	Zuständigkeit Bürgerliche Abteilung Stadtrat	Zuständigkeit Stadtrat
		Keine Bemerkungen.
		Genehmigt.
3,	Die Bürgerliche Abteilung des Stadtrates erledigt in eigener Zuständigkeit	Der Stadtrat erledigt in eigener Zuständigkeit:
		Keine Bemerkungen.
		Genehmigt.
3, Ziff. 2	die Festsetzung der Einbürgerungsgebühren im Einzelfall gemäss Art. 8 bis 14 dieser Verordnung;	die Festsetzung der Einbürgerungsgebühren im Einzelfall gemäss Reglement über den Bezug von Gebühren für Dienstleistungen und die Inanspruchnahme öffentlicher Anstalten und Einrichtungen (Gebührenreglement) der Stadt Dübendorf, Kapitel Einbürgerungen.

		Keine Bemerkungen. Genehmigt.
3, Ziff. 4	die Vorbereitung der Geschäfte der Bürgerlichen Abteilung des Gemeinderates.	die Vorbereitung der Bürgerrechtsgeschäfte des Gemeinderates. Keine Bemerkungen. Genehmigt.
4,	Schweizer Bürger, die sich um die Aufnahme in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf bewerben, reichen der Bürgerlichen Abteilung des Stadtrates ein schriftliches Gesuch ein.	Schweizer Bürger, die sich um die Aufnahme in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf bewerben, reichen dem Stadtrat ein schriftliches Gesuch ein. Keine Bemerkungen. Genehmigt.
7, Abs. 2, Ziff. 3	im Zeitpunkt des Einbürgerungsbeschlusses der Bürgerlichen Abteilung des Stadtrates seit mindestens sechs Jahren ununterbrochen in Dübendorf gewohnt haben;[2]	im Zeitpunkt des Einbürgerungsbeschlusses des Stadtrates seit mindestens sechs Jahren ununterbrochen in Dübendorf gewohnt haben; Keine Bemerkungen. Genehmigt.
8 bis 15	Zusammenfassung: Regelung der Einbürgerungsgebühren	Diese Artikel werden gestrichen. Die Einbürgerungsgebühren werden neu durch das Gebührenreglement der Stadt Dübendorf geregelt. Vgl. Neu Art. 3 Abs. 1, Ziff. 2 Keine Bemerkungen. Genehmigt.

Rückkommen wird nicht verlangt.

Schlussabstimmung: 26 Ja zu 0 Nein.

Beschluss:

1. Der vorstehenden Teilrevision der Bürgerrechtsverordnung wird zugestimmt.

2. Die Änderungen treten rückwirkend per 1. Januar 2006 in Kraft.

3. Mitteilung an Stadtrat zum Vollzug.

5. Zweite Fragestunde des Amtsjahres 2005 / 2006

Es sind insgesamt 14 Fragen eingegangen. Folgende Fragen werden zurückgezogen:

Nr. 2	Matthias Maag	Luftseilbahn Zoo
Nr. 3	Matthias Maag	Gutachten Fluglärmstörung
Nr. 4	Gaby Gossweiler	Haltestelle Gfenn

Andrea Kuhn (CVP) betreffend Bahnhofunterführung-Littering-Konzept
(vorgetragen von Kurt Berliat (CVP)

Zum wiederholten Mal bringen wir dieses Thema im Gemeinderat vor. Nach wie vor sind die Zustände für die S-Bahnbenutzer in der Unterführung unzumutbar. Gerne möchten wir über die in Aussicht gestellten Massnahmen informiert werden.

Fragen:

1. Wann wird das in Aussicht gestellte Littering-Konzept in Angriff genommen?

2. Was ist das Ziel des Konzeptes?

3. Werden durch die Umsetzung auch neue Abfallbehälter angeschafft (Haifischbehälter)?

4. Ab wann rechnet der Stadtrat, dass das Konzept Wirkung zeigen wird?

Tiefbauvorstand Rolf Güttinger antwortet:

zu 1.:
Das Konzept wird anfangs April in Angriff genommen.

zu 2.:
Sensibilisierung der Wegwerfgesellschaft auf saubere Strassen und Plätze so wie es Zuhause auch ist.

zu 3.:
Ja, aber keine Hai-Kübel sondern günstigere, die dem Konzept entsprechen.

zu 4.:
Das Tiefbauamt hofft, dass ab Mitte April 06, so gegen 3 Wochen nach Einführung eine Verbesserung eintritt.

Generell äussert sich der Tiefbauvorstand über bereits eingeleitete Massnahmen und die allgemeine Problematik des Littering im Bahnhofsbereich.

Guido Schwegler (SVP) betreffend Informationspolitik des Stadtrates

Seit einiger Zeit muss ich mit Bedauern feststellen, dass wichtige Ereignisse, vor allem im personellen Bereich, den Mitgliedern des Gemeinderates spät oder überhaupt nicht mitgeteilt werden. Diese Vorgehensweise trägt im Wesentlichen dazu bei, dass die Gerüchteküche heftig zu brodeln beginnt. Zum Beispiel gerade jetzt, seit bekannt wurde, dass der Sekretär der Gesundheitsabteilung, Dr. Emil Stutz, überraschend seine Kündigung eingereicht hat.

Fragen:

1. Ist es Absicht oder einfach ein Versehen, dass der Gemeinderat nicht oder nicht ausreichend orientiert wird?

2. Was die jüngsten Gerüchte um die Kündigung von Dr. Emil Stutz angehen, möchte ich wissen:
   - Steht die Kündigung in einem Zusammenhang mit der Rückweisung der Rechnung 2003?
   - Sind mit weiteren Überraschungen wie Kompetenzüberschreitungen, fehlende Beschlüsse oder Ähnliches in der Rechnung 2005 zu rechnen?

Stadtpräsident Heinz Jauch antwortet:

zu 1.:
Kommunikation ist grundsätzlich anspruchsvoll, da die Bedürfnisse der Anspruchsgruppen unterschiedlich und nicht einfach zu erfassen sind. Generell wird die Information häufig als nicht ausreichend bewertet. Die Informationspolitik des Stadtrates und der Stadtverwaltung erfolgt über verschiedene Kanäle, z.B. über Pressemitteilungen, die eigene Website, Pressegespräche und mündlichen Informationen vor dem Gemeinderat und anderen Kreisen. Die vielseitige Informationsarbeit der Stadt Dübendorf ist naturgemäss in Bezug auf Intensität, Form und Attraktivität der Inhalte optimierbar.

zu 2.:
Personalmutationen sind in der Regel nicht Gegenstand von öffentlichen Informationen. Erst recht wird nicht über Kündigungsgründe gesprochen. Allfällige zusätzliche Informationen über die Gerüchte sind an der Quelle zu holen.

Theo Zobrist (SP) betreffend Näherbaurecht Parkplatz Strehlgasse

Die Stimmberechtigten haben sich gegen den Verkauf des Grundstückes an der Strehlgasse entschieden. Es ist ein grosser Bau ausgesteckt auf dem Nachbargrundstück bis an die Grenze der Parkplätze.

Fragen:

1. Hat die Stadt Nutzung an das Nachbargrundstück verkauft?

2. Wurde die Stadt für ein Näherbaurecht entschädigt?

(Die in der Zwischenzeit in der Presse veröffentlichten Informationen dazu sind ausreichend.) Daher Zusatz-

Frage:

Wie viel Nutzung bleibt der Stadt beim Verkauf von 340 m^2?

Finanzvorstand - Stellvertreter Hans Zeier antwortet:
Der Parkplatz dürfte noch für sehr lange Zeit bestehen bleiben. Eine Bebauung ist zur Zeit nicht geplant. Welche Zonenvorschriften in einem späteren Zeitpunkt gelten werden kann heute noch nicht gesagt werden. Mit der getroffenen Abmachung haben beide Parteien gleichermassen Vorteile gewonnen. Einer allfälligen neuen Nutzung des Parkplatzes steht nichts im Wege.

Andrea Kennel (SP) betreffend Jugendarbeitslosigkeit

Die Antwort auf meine schriftliche Anfrage zum Thema Jugendarbeitslosigkeit ist nach fast 3 Monaten beantwortet worden. Danke für die Antworten. Offensichtlich werden die Antworten aber neue Fragen auf, sonst würde ich das Thema nicht in der Fragestunde wieder aufgreifen. Meine Fragen waren in der Form "Was wird gemacht, Was gibt es". Die Antworten waren allesamt in der Zeitform des Futurs. Es wurde also nur geantwortet, was geplant ist und nicht was tatsächlich im 2005 oder früher schon gemacht wurde. Es ist gut, dass endlich etwas gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Dübendorf unternommen werden soll, ich hoffe auch, dass alle geplanten Projekte erfolgreich umgesetzt werden können. Es gibt mir aber doch sehr zu denken, dass bisher nichts geschehen ist.

Fragen:

1. Gehe ich recht in der Annahme, dass bis Anfang 2006 der Stadtrat in diesem Thema geschlafen hat und nichts unternommen hat?

2. Oder wurde vergessen darüber zu berichten, was schon gemacht wurde?

3. Falls der Stadtrat nicht geschlafen hat, möchte ich gerne wissen was im 2005 in Dübendorf konkret gegen die Jugendarbeitslosigkeit bereits unternommen wurde.

Bildungsvorstand Hans Zeier antwortet:
Die Stadt Dübendorf unternimmt zahlreiche Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Dies gliedern sich in Hilfe an die von Jugendarbeitslosigkeit Betroffenen und in die Prävention, dass es gar nicht so weit kommt. Dabei legt der Stadtrat grossen Wert auf Zusammenarbeit mit all jenen Dübendorfer Institutionen, die einen Beitrag zur Lösung dieses Problems leisten können und wollen.
Der Bildungsvorstand listet ausführlich die durchgeführten Massnahmen auf und weist darauf hin, dass der Tätigkeitsbericht Gegenstand des Geschäftsberichtes des Stadtrates für das Jahr 2005 ist.

Andrea Kennel (SP) betreffend Givaudan

Der neue Filter bei der Givaudan hält leider nicht, was er verspricht. Vielen Leuten stinkt das im Wort-Wörtlichen Sinne.

Frage:

Was hat der Stadtrat bisher gegen die Geruchsemissionen der Givaudan unternommen?

Gesundheitsvorstand Rita Bernoulli antwortet:
Das Problem ist vom Stadtrat erkannt. An der ganzen Angelegenheit sind drei Parteien beteiligt, die jede für sich eine eigene Funktion hat: die Firma selbst, das kantonale AWEL und die Stadt. Kürzlich wurde eine Abluftverbrennungsanlage in Betrieb genommen, die für eine Verbesserung sorgen soll. Die Stadt nimmt die Anliegen der Bevölkerung ernst und bleibt mit der Firma in regelmässigem Kontakt.

Peter Anderegg (SP) betreffend GLOW und Integrationsbericht

Im Juni 2005 hat die Tripartite Agglomerationskonferenz - eine gemeinsame Plattform von Bund, Kantonen und Gemeinden - den Bericht "Rechtliche Integrationshemmnisse, Auslegeordnung und Lösungsansätze" den Gemeinden zugestellt. Der Verein glow.das Glattal hat im Namen der 8 Mitgliedergemeinden die Zielsetzungen

dieses Berichts zurückgewiesen und ist nicht bereit, die Empfehlungen umzusetzen. glow führt sich als Verein mit nicht direkt gewählten Gemeindevertretern einmal mehr auf wie eine demokratisch gewählte Exekutive und macht höchst politische Äusserungen zur Ausländerpolitik. Inhaltlich kann an dieser Stelle nicht darauf eingegangen werden und ist hier nicht relevant.

Fragen:

1. Wurde die Stellungnahme des glow-Präsidenten einstimmig gefasst?

2. Findet es der Stadtrat korrekt, dass glow solch heikle, politische Aussagen macht?

3. Wie kam die Meinung innerhalb des Stadtrates zustande?

Stadtpräsident Heinz Jauch antwortet:
Zu solchen Berichten gibt es von verschiedensten Seiten Stellungnahmen und Meinungsäusserungen. Das ist auch für glow legitim. Drei Gemeindepräsidenten haben die Stellungnahme erarbeitet. Diese wurde anschliessend von der Regionalkonferenz verabschiedet. Der Brief lag anschliessend in den Akten des Stadtrates auf. Es gab keine Reaktionen. Die als heikel bezeichneten Aussagen können in keiner Weise als solche bezeichnet werden (Leseprobe).

Yvonne Müller (SVP) betreffend Abfall - Entsorgung

Bezugnehmend auf persönliches und öffentliches Recht für saubere Strassenränder, Borde, Unterführungen, Wiesen usw.

Fragen:

1. Ist es nicht möglich, mit sofortiger Wirkung Hinweistafeln aufzustellen mit Androhung auf Buss - Entscheide, beim spätestens 2. mal als "Entsorger" erkannt zu werden?

2. Kann der Stadtrat in jetziger Besetzung, mit Frau SR R. Bernoulli, noch Richtlinien oder Anweisungen in Auftrag geben?

3. Dübendorf könnte in dieser Angelegenheit wegweisend sein.

Gesundheitsvorstand Rita Bernoulli antwortet:
Die Organisation für die Kehrichtentsorgung ist zweigeteilt. Für das Littering ist der Tiefbau zuständig. Die Gesundheitsabteilung befasst sich mit eigentlichen Hauskehrichtentsorgung. Das Problem der Bussen ist im Abfallwesen ist äusserst kompliziert geregelt und in der Durchführung sehr ineffizient. Daher verspricht man sich auf diesem Weg keinen Erfolg.

Pia Etter (SP) betreffend Mobilfunkantennen

Die meisten von uns haben ein Handy. Das Teil ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Damit ein Handy Empfang hat braucht es Mobilfunkantennen. Viele Einwohnerinnen und Einwohner sehen aber dem wachsenden Wald von Mobilfunkantennen mit Besorgnis entgegen - vor allem dann, wenn deren Leistung das "Normale" an Strahlung produziert.

Frage:

Was spricht gegen ein freiwilliges umfangreiches deklarieren von Leistung / Leistungserweiterung bei Bauauschreibungen und Mobilfunkantennen?

Hochbauvorstand Lothar Ziörjen antwortet:
Gegen das freiwillige Deklarieren von Leistung/Leistungserweiterung bei der Ausschreibung von Mobilfunkantennen spricht grundsätzlich nichts. Diesem Anliegen ist am 10. Januar 2006 mit der Publikation der Anzahl Antennen und deren Sendeleistungen für eine neu geplante Mobilfunkantenne bereits nachgekommen worden und wird zur ständigen Praxis werden.

Pia Etter (SP) betreffend Umwelt / Feinstaub

Dübendorf war in den letzten Wochen vermehrt in den Negativ - Schlagzeilen wenn von Feinstaub die Rede war. Als Standort Vorteil kann man dies nicht betrachten.

Frage:

Was kann, was könnte die Stadt Dübendorf dagegen machen - oder ist die einzige Alternative - den Grenzwert nach oben zu setzen?

Gesundheitsvorstand Rita Bernoulli antwortet:
Die Lösung des angeschnittenen Problems ist primär eine Bundes- und Kantonsaufgabe. Vor allem ein Teil der Kantone haben diesen Sommer gezeigt, dass es ihnen Ernst ist und haben in Kürze Massnahen ergriffen. Die Gemeinden haben dagegen wenig Spielraum. Doch kann jeder Einzelne mit seinem persönlichen Verhalten zu einer Verbesserung beitragen.

Elisabeth Caflisch (SD) betreffend Spitex-Dienst

Fragen:

1. Ist man per Ende 2005 finanziell innerhalb des vom Businessplan vorgegebenen

Defizit?

2. Hat man Reklamationen von Spitex-Bezügern bezüglich der Qualität der Dienstleistungen?

Sozialvorstand Kurt Spillmann antwortet:

zu 1.:
Das Geschäftsjahr 2005 ist erfolgreich verlaufen. Die finanziellen Zielvorgaben werden eingehalten. Die Defizitsteigerung konnte klar gestoppt werden.

zu 2.:
Es sind keine Reklamationen bekannt. Die Kundschaft ist zufrieden. Das zeigt sich auch darin, dass die Spitexdienste vermehrt beansprucht wurden.

Erika Attinger (GEU) betreffend Moratorium Baubewilligung Mobilfunkantennen

Die Präsidialdirektion der Stadt Bern hat beschlossen, die Bearbeitung von hängigen Mobilfunk-Baugesuchen auszusetzen. Dies nachdem das Bundesgericht im März 2005 in einem Entscheid festhielt, dass die Anwohnerinnen und Anwohner von Mobilfunkantennen einen Anspruch darauf haben, dass die Grenzwerte für die Strahlenbelastung durch Mobilfunkanlagen objektiv überprüft werden. Die Präsidialdirektion der Stadt Bern ist der Meinung, dass diese heute vorhandenen Verfahren zur Kontrolle der Einhaltung der Grenzwerte den Anforderungen des Bundesgerichts nicht genügen. Bis eine befriedigende, rechtsverbindliche Lösung vorliegt , wird das Berner Bauinspektorat die Bearbeitung der hängigen Mobilfunk-Baugesuche nicht wieder aufnehmen.

Frage:

Wird sich die Stadt Dübendorf sich nach dem Berner Vorbild verhalten?

Hochbauvorstand Lothar Ziörjen antwortet:
Am 30. Januar 2006 fand eine Zusammenkunft aller Beteiligten statt, die sich mit den zur Zeit in Dübendorf umstrittenen Antennen - Vorhaben befassen. Es wurde vereinbart, dass über die Probleme ein Gesamtplan erstellt wird. Danach wird der Stadtrat wieder orientieren. Das angesprochene Moratorium in Bern wurden wieder aufgehoben und dürfte auch nicht der richtige Weg sein. Im Weiteren kann fest gehalten werden. dass keine der zur Diskussion stehenden Antennen bewilligt wurden.

Das ist die letzte Sitzung der Legislatur 2002 - 2006. Traditionsgemäss hält der Ratspräsident eine Rückschau auf das abgelaufene Amtsjahr.

Hans-Felix Trachsler (SVP):

"Von den Freuden und Erfahrungen des Ratspräsidenten 2005/06

Mit der Beantwortung der letzten Frage der Fragestunde sind wir am Schluss der heutigen Traktandenliste angelangt. Es war die letzte Sitzung des Dübendorfer Gemeindeparlaments der laufenden Legislaturperiode und es war die letzte Sitzung, die ich als Ratspräsident des Amtsjahrs 2005/2006 leitete.
Meine 10 Monate als Ratspräsident sind also zu Ende und ich will sie mit ein paar Gedanken über das „Präsident-Sein" abschliessen.
Wenn ich im Winter aus meinem Bürofenster in Kloten schaue, kann ich auf dem Holberg eine grosse Radarantenne sehen, die sich unentwegt und gleichmässig in alle Richtungen bewegt. Ihre Tätigkeit ähnelt meiner als Ratspräsident. Ich drehte mich zwar ganz und gar nicht im Kreis, aber meine Antennen waren stets auf Empfang, galt es doch möglichst viele Stolpersteine im Ratsbetrieb rechtzeitig zu orten. Denn das höchste Ziel eines Präsidenten ist ja ein möglichst harmonischer Sitzungsverlauf. Meistens gelang dies – sehr zur besonderen Freude des Ratspräsidenten.
Für mich als Ratspräsident war das vergangene Amtsjahr eine abwechslungsreiche und spannende Zeit. Die Leitung der insgesamt 6 Ratssitzungen machte mir grosse Freude. Der Gemeinderat behandelte 14 Sachgeschäfte & 7 Wahlgeschäfte. Der GR beriet über 12 Vorstösse. In den Bürgerlichen Ratssitzungen standen 25 Einbürgerungsgesuche an. Die zentralen Sachgeschäfte waren die Streichung der AHV-Gemeindezuschüsse, die Zweitauflage der Spitex-Vorlage im September, die Revision der Geschäftsordnung des Rates und die Behandlung einer weiteren Vorlage zur Entwicklung des Leepünt-Areals. Wir schliessen die Legislaturperiode mit einer praktisch leeren Pendenzenliste ab. Alle entscheidungsreifen Geschäfte wurden noch im Rat in der aktuellen Zusammensetzung abschliessend behandelt. Pendent sind derzeit sind lediglich 28 Einbürgerungsgesuche.
Die Debatten empfand ich als offen, fair und hart in der Sache. Die gut vorbereiteten Voten ermöglichten eine sachliche Diskussion und tauchten auch nie auf die persönliche Ebene ab: nie musste ich eine gelbe oder rote Karte zücken. Besten Dank für die Ratsdisziplin und auch für diese besondere Freude des Ratspräsidenten.
Die Aufzählung der Freuden geht weiter: Grossen Spass machte mir das Organisieren des Ratsausfluges ins Zürcher Oberland vom 30. September. Die Reise ermöglichte einer grossen Schar das vergnügliche Kennenlernen verschiedenster unbekannter und interessanter Orte und Persönlichkeiten.
Auch das Wahrnehmen des Präsidentenprivilege macht Freude. So gewann ich bei meinen Besuchen bei den ständigen Kommissionen einen vertieften Einblick in den Ratsbetrieb. Ich habe sie alle im Laufe des Jahres besucht und ihnen bei ihrer Arbeit zugeschaut und zugehört. Alle arbeiten nach meiner Ansicht ausgezeichnet und effizient, so dass gut vorbereitete und durchdachte Anträge entstehen und zum Entscheid in den GR gelangen. Eine sorgfältige Kommissionsarbeit ist für den Ratsbetrieb sehr wertvoll, steigern sie doch die Effizienz und die Debattierfreude, was zu ausgereiften Entscheidungen führt.
Zu den vornehmen Aufgaben des Ratspräsidenten gehört auch die Repräsentation des Rates bei verschiedensten Anlässen. Obwohl ich mit meiner Wohn- und Hei-

matgemeinde sehr gut vertraut bin, lernte ich während meines Präsidialjahres ganz neue Aspekte Dübendorfs kennen.
Ich nahm am Besuchstag der Rekrutenschule teil, besuchte die Generalversammlung der Offiziersgesellschaft AVIA im Fliegermuseum. Ich übermittelte Grussworte an der Brevetierungsfeier der Unteroffiziersschule und an der Verabschiedungsfeier von Br Marcel Muggensturm als Kdt Lvb FULW 34.
Auch ins aktive Vereinsleben Dübendorfs erhielt ich einen vertieften Einblick. Beispielsweise durfte ich Gast des Concours Hippique und der Jugendkonferenz sein. Und ich besuchte die Jahreskonzerte von Stadt- und Jugendmusik. Ich will nicht alle Anlässe aufzählen, sie waren mir alle gleich wertvoll, vor allem weil mich jedes Mal die Begegnung mit lebensfrohen, aktiven Dübendorfern wieder neu faszinierte.

Vom Umgang Stadtrat und Gemeinderat
Meine Eindrücke als Ratspräsident von der Zusammenarbeit Stadtrat/Gemeinderat ergeben ein etwas eigenartiges, eher verwirrendes Bild. Allzu lange hing wohl die Frage rund um die abschliessende Beurteilung der Kompetenzüberschreitungen in der Rechnung 03 wie ein Damoklesschwert über der Exekutive. Ich denke, dass dadurch die Tätigkeit der Exekutive gelähmt worden ist. Vielleicht verstärkt die verhältnismässig dünne Agenda des GR im vergangenen Jahr diese Einschätzung. Erst im Herbst 05 - nach Vorliegen des Bezirksratsentscheides – traf der Stadtrat dann endlich die längst überfälligen Massnahmen. Weshalb es dazu 18 Monate brauchte, ist leider dem Gemeinderat und der Dübendorfer Bevölkerung noch immer nicht vollständig klar.
Unschön in diesem Zusammenhang war für mich die Kommunikationspolitik. Gar zweimal musste der Gemeinderat wichtige Beschlüsse des Stadtrats aus der Presse erfahren. Ein Vorgehen, ein Umgang, mit dem ich persönlich grosse Mühe habe.
Bald sind ja Wahlen, und so hoffe ich, dass der SR in neuer Zusammensetzung seine Energie wieder für die Bearbeitung der zentralen Dossiers einsetzen kann.

Gemeinderatswahlen 2006
Wir stehen knapp 14 Tage vor den Erneuerungswahlen 06. Sie bedeuten Blutauffrischung und Abschied zugleich. 10 Kolleginnen und Kollegen aus dem Rat beenden heute ihre Laufbahn als Gemeinderat und treten nicht mehr zu den Erneuerungswahlen an. Ich will sie hier aufzählen und Ihnen für ihr Engagement für Dübendorf herzlich danken. Die Reihenfolge ist alphabetisch nach Parteien.

CVP	Oliver Eugster
D/E	Nicole Schwendener.
FDP	Martin Schwyzer
GEU	keine und keiner will verabschiedet werden, sie alle wollen sich weiterhin
für die	Lokalpolitik einsetzen
SP	Peter Anderegg, Michael Marugg, Theo Zobrist
SVP	Yvonne Müller, Claus Hutterli, Hans-Peter Stettbacher, Albert Weder

Dank
Als Ratspräsident danke ich dem Ratsbüro, nämlich den Vizepräsidenten Andreas Sturzenegger, Valeria Rampone und den Stimmenzählern Andrea Kuhn, Matthias Maag und Theo Zobrist für die stets konstruktive und kollegiale Zusammenarbeit. Obwohl wir aus verschiedenen Lagern stammen, ist es uns gelungen, einen guten Ratsbetrieb in unserem Amtsjahr zu organisieren.

Danken möchte ich meinen Ratskollegen, dem Stadtrat und der Stadtverwaltung für die gute Zusammenarbeit.
Ganz speziell danken möchte ich auch Ratssekretär Godi Ruckstuhl. Mit seiner zuvorkommenden und hilfsbereiten Art hat er mich in meinem Präsidialjahr immer mit Rat und Tat aktiv unterstützt. Dank seinen fachlich kompetenten und guten Vorbereitungen konnte ich jeweils die Sitzungen ruhig und gelassen leiten.
Auch Marie-Beth Bodmer, meiner Partnerin, möchte ich danken, für ihr grosses Verständnis und Interesse, wenn hin und wieder Gemeindepolitik im Vordergrund stand.
4 Jahre lang durfte der Gemeinderat im zweckmässig eingerichteten Pfarreizentrum Leepünt tagen. Diese Zeit geht nun zu Ende, und ich danke der Römisch-katholischen Kirchgemeinde im Namen des GR für die gute Betreuung und für die Gastfreundschaft. Ab nächster Legislaturperiode finden die Sitzungen wieder im Kirchgemeindehaus statt.
Liebe Gemeinderatskolleginnen und –kollegen, ich wünsche Ihnen alles Gute, viel Erfolg bei den kommenden Erneuerungswahlen und vor allem viel Freude an der Gemeindepolitik. Besten Dank."

Stadtpräsident Heinz Jauch dank seinerseits Hans-Felix Trachsler für die gute Zusammenarbeit und erklärt, warum der Ratspräsident bereits heute Bilanz über sein Präsidialjahr gezogen hat. Er bleibt aber dennoch bis zur Neukonstituierung am 8. Mai im Amt.

Geschäftsführung: Keine Einwändungen.

Schluss der Sitzung: 20.40 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Gottfried Ruckstuhl